

Anbauverbot für gentechnisch veränderten Mais

Wider jegliche wissenschaftliche Vernunft

Am 14. April 2009 hat die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner mit sofortiger Wirkung den Anbau von gentechnisch verändertem Mais verboten. Zwar wies sie darauf hin, dass es sich um keine Grundsatzentscheidung zum Umgang mit Grüner Gentechnik, sondern um eine Einzelfallentscheidung handle. Trotzdem hat sie sich damit über die wissenschaftliche Bewertung der europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hinweggesetzt. Deren unabhängige Experten haben die gentechnisch veränderte Pflanze als sicher für Mensch, Tier und Umwelt eingestuft.



Bei den zehn großen Wissenschaftsorganisationen stieß das Anbauverbot auf scharfe Kritik. In einer gemeinsamen Erklärung äußerten sie die große Sorge, dass diese Entscheidung den Trend verstärken werde, mit einer Zukunftstechnologie irrational umzugehen und dadurch irreparable Schäden für den Standort

Deutschland herbeizuführen. „Wir wenden uns daher entschieden gegen pauschale Verbote gentechnischer Erzeugnisse und fordern die Politik auf, für eine Versachlichung der Diskussion zu sorgen und verlässliche Rahmenbedingungen für die Forschung und wissenschaftliche Begleitung der künftigen Nutzung der Grünen Gentechnik zu schaffen. Wir begrüßen daher sehr den Vorschlag von Bundesforschungsministerin Annette Schavan, einen ‚runden Tisch‘ mit Wissenschaftlern und Politikern einzurichten, um klare Signale für die künftige Forschung an gentechnisch veränderten Pflanzen zu geben.“

Das Verbot berge die Gefahr, dass diffuse Ängste statt sachlicher Aufklärung im Vordergrund stünden. Der Hinweis von Ministerin Aigner, dass es sich dabei um eine Einzelfallentscheidung handle, könne über den negativen Effekt für den Forschungsstandort Deutschland nicht hinwegtäuschen und stehe einer zukunftsorientierten Ausrichtung diametral entgegen. Die Wissenschaftler setzen sich ausdrücklich dafür ein, die Chancen und die Nutzung der Grünen Gentechnik in Deutschland zu erforschen.



Dies schließe auch die vorurteilsfreie Untersuchung von Sicherheitsfragen und möglichen Risiken ein. Die Wissenschaftsorganisationen weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass solche Untersuchungen in Deutschland seit Jahren umfangreich und wissenschaftlich profund stattfinden. Die Forschung werde größtenteils durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung und durch die Bundesländer – direkt oder über die von ihnen finanzierten Organisationen – finanziert oder als Ressortforschung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz durchgeführt. „Nie haben entsprechende Untersuchungen fundierte Ergebnisse erbracht, die eine Abkehr von dieser Technologie auch nur entfernt nahe legen könnten“, betonten die Wissenschaftsorganisationen in ihrer Erklärung.



DIB: Herber Rückschlag

Aus Sicht der Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) ist das Anbauverbot für gentechnisch veränderten Mais eine Entscheidung gegen ein bewährtes wissenschaftsbasiertes Zulassungsverfahren. Das Verbot nehme den Landwirten die Freiheit, zugelassenen gentechnisch veränderten Mais anzubauen, kritisiert die DIB aufs Schärfste. Die DIB-Mitgliedsunternehmen befürchten einen herben Rückschlag für den Biotechnologie-Standort Deutschland.

„Keine der Befürchtungen der Gentechnik-Gegner hat sich bisher auch nur ansatzweise bewahrheitet. Zahlreiche Untersuchungen haben immer nur eines erwiesen, nämlich die Unbedenklichkeit von MON810.“

Volker Koch-Achelpöhler, Hauptgeschäftsführer IVA